

Umformung der Kriegswirtschaft

Die Krisis in der Ernährungsordnung.

Kaum hat eine Gemeinde — Neutölln, durch die Denkschrift des Stadtrats Mier — die gefährlichen und zum Teil geradezu greysten Miskstände unserer Kriegs-Wirtschafts-Ordnung in der Ernährung klar an den Tag gestellt, so entwickelt sich bereits wieder das, was uns bisher immer gehindert hat, die Schäden zu bessern, Fehlerhaftes durch Besseres zu ersetzen. Es entwickelt sich der unnütze und peinliche Streit aller gegen alle, der nicht die Sache selbst zu bessern sucht, sondern der blindwütig vor allem dem Gegner die Schuld aufzuladen trachtet.

Neutölln erklärt — und wer zweifelt daran, daß hinreichende Beweise im einzelnen da sein werden —: die Höchstpreisverordnungen sind für die Krise. Denn die amtlichen Stellen übertreten sie selbst und müssen sie übertreten, wenn sie die ihrer Fürsorge anvertraute Bevölkerung ernähren wollen; Lebensmittel verderben zu Tausenden von Zentnern; der Schleichhandel muß sozusagen staatlich geduldet werden, weil man ihn braucht. Vom Saatgut wird nicht alles gesät, sondern vieles unter der Hand zu Bucherpreisen verkauft, Kartoffeln werden verfüttert, trotzdem das verboten ist. Und sie verderben in ganzen Eisenbahnwagenlasten u. s. f. Daß die Zustände so sind, haben wir alle schon längst gewußt. In der „Vossischen Zeitung“ vom 18. Sept. d. J. wurde bereits in dem Aufsatz „Abbau des Schleichhandels“ im großen und ganzen das offen ausgesprochen, was die Neutöllner Denkschrift jetzt mit erschütternden Belegen erhärtet. Aber soll nun ernsthaft nichts anderes dabei herauskommen, als daß die Erzeuger die Fehler auf ihre Weise und die Verbraucher auf die ihre erklären und ausschachten? Daß beide Gruppen sich in die Haare fahren und sich für „Verbrecher am deutschen Volke“ erklären? daß die ganze Sache im verbissenen Streit um die politische Grundrichtung, ob konservativ-ländlich-Erzeuger-freundlich oder volkrechtlerisch-städtisch-Verbraucher-freundlich, lärmvoll hin- und hergezerrt wird, ohne daß auch nur ein Schritt zur Beseitigung des im Grunde alle schädigenden Systems vorwärtsgetan wird? Der Kampf, der sich zwischen dem Berliner sozialdemokratischen Blatt als äußerstem Flügel der einen und der „Deutschen Tageszeitung“ der anderen Seite entsponnen hat, läßt leider klar erkennen, daß der Hase so laufen will.

Was aber nützt, ist, daß alle Bevölkerungsgruppen sich einigen, und daß die Regierung und die Wirtschaftsbehörden nicht von den verschiedenen Berufsgruppen und Bevölkerungsklassen ständig mal nach hüben und mal nach drüber gerissen werden, und daß endlich nach rein sachlichen Gesichtspunkten ohne Gunsthascherei bei diesem oder jenem Kreise die große Aufgabe gelöst wird: Erzeugung, Verteilung und Preispolitik der Kriegswirtschaft in der Lebensmittelversorgung einheitlich, gesund und gerecht zu gestalten. Um das zu erreichen, wird besonders die Vermengung politischer Grundsätze und Anschauungen mit der Kriegs-Volkswirtschaft rücksichtslos beseitigt werden müssen.

Eine hinreichende und geordnete Versorgung hängt zunächst einmal ab von einer ausreichenden Erzeugung. Alle Maßnahmen müssen, als auf das wichtigste Ziel, darauf hinarbeiten, die Leistungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft zu heben. An Futtermitteln zu sparen, um auf kurze Fristen den Verbrauchern mehr Fleisch geben zu können, ist das Unvernünftigste, was man tun kann. Das ist nur ein Beispiel. Danach muß erreicht werden, daß alles, was die Landwirtschaft hervorbringt, wirklich der Allgemeinheit, nicht aber nur zu Bruchteilen dieser, im übrigen nur den Zahlungsfähigen (durch Schleichhandel) zugeführt wird. Dazu bedarf es auskömmlicher Preise für Bauern und Gutsbesitzer, auskömmlicher Preise, die durch die Vordertür erreichbar sind, und nicht durch die Hintertür. Auskömmliche Preise sind das erste, und eine durchgreifende Erfassung aller Erzeugnisse an ihrer Quelle ist das zweite. Ohne scharfe, aber sachverständige Ueberwachung wird das nicht gelingen können. Dem Erfassen folgt das Verteilen, unter Ausschaffung aller etwa noch bestehender Sonder- und Vorzugsrechte, mit Ausnahme derer für die schwerarbeitende Bevölkerung. Es erscheint durchaus möglich, einen volkswirtschaftlichen Weg zu finden, der zu einem vernünftigen Zusammenarbeiten der ländlichen Körperschaften, der Gemeindeverwaltungen, des mit beschränkter Freiheit ausgestatteten Handels und der staatlichen Wirtschaftsbehörden führt. Auch gegen den in der „Vossischen Zeitung“ gemachten Vorschlag, für die Verbraucher die hohen Kriegspreise (die bis zu einer gewissen Grenze aus durchaus natürlichen Gründen so hoch klettern) durch einen steuerlich einzuziehenden Volkswohlfahrts-Ausgleich abzustufen, ist bisher keine grundsätzlich erschöpfende Widerlegung beigebracht worden.

Die sogenannte Wirtschaftsordnung aber, wie sie bisher war, und zu einer allgemeinen Rast- und Betrugspolitik aller gegen alle, Landwirtschaft gegen Verbraucher, Behörden gegeneinander, Handel gegen Staatswirtschaft, Arm gegen Reich und jeder gegen jeden geführt hat, muß auf den Grund nachgeprüft werden. Auch jetzt noch lohnt sich diese Nachprüfung, denn Kriegswirtschaft, Uebergangswirtschaft und Friedenswirtschaft der Zukunft sind ein Ganzes und werden nur dann glücklich und brauchbar sein, wenn sie einheitlich durchdacht und entwickelt werden.

K. E. K.